



Sozialpädagog\*innen erfolgen. Diesbezüglich fordern wir eine Verankerung dieses Blocks im Rahmenlehrplan politische Bildung oder Sozialkunde.

### **Gestaltung des Blocks:**

- Unterschrift der Schüler\*innen über erfolgte Information (wie Sicherheitsbelehrungen) und anschließende Klassensprecher\*innenwahlen
- diese mit offiziellen Wahlbögen und Durchführungsanleitung der SenBJF
- dazu jährlich vom LSA gemeinsam mit der SenBJF erstellte und verteilte Briefe, weitere Poster, Flyer, Sticker, SV-Handbücher, Schulgesetzauszüge etc.

## **SV-/ Gremien-Förderung**

### **personelle und pädagogische Ressourcen**

- eigene LSA-Zeitstelle (eigene Geschäftsstelle oder einen/eine FSJ-ler\*in) & eigenes Büro
- eigene BSA-Geschäftsstellen und bezirkseigene SV-Pädagog\*innen für Vernetzung, zur pädagogischen Begleitung & Qualifizierung der Schüler\*innen
- nach dem Positionspapier „Gewalt und Mobbing an Berliner Schulen“ fordern wir wiederholt die Unterstützung der Schüler\*innen durch Sozialpädagog\*innen im Schlüssel von mindestens 1:300 und zusätzlich einen/eine FSJ-ler\*in mit mindestens 4 Wochenstunden Zeit für Schulgremien.

### **Finanzen**

- 26.000€ für den Landesschulerausschuss Berlin und Erhöhung des Etats für alle anderen Landesgremien
- Jeweils mindestens 1000€ jährlicher Etat für alle Bezirksausschüsse der Eltern, Lehrer\*innen und Schüler\*innen sowie den Bezirksschulbeirat
- für jedes Schulgremium eine Kostenstelle verwaltet über die Geschäftsstelle des Bezirksschulbeirats
- jährliches Budget von mindestens 300€ oder 1,50€<sup>1</sup> pro Schüler\*in zur finanziellen Unterstützung der Schüler\*innenvertretungen an jeder Berliner Schule für:
  - Verwirklichung von Projekten
  - Partizipation der Schüler\*innen an ihrem Schulalltag
  - Erhöhung der Chancengerechtigkeit
  - Umgehen mit Finanziellen Ressourcen & Eigenverantwortlichkeit
- Das Budget soll als feste Kostenstelle vom Senat an die Schulen weitergegeben und nicht aus dem zur freien Verfügung vergebenen Schulbudget entnommen werden damit wird der Status quo, die Repression des Kostenantrages der Schüler\*innen verhindert und eine nachhaltige stabile Förderungskultur geschaffen. Dieses

1 beispielsweise bereits in Hamburg verankert



Vorgehen soll gesetzlich verankert werden und ist bereits in anderen Bundesländern umgesetzt.

- zweckgebundenes von der Schüler\*innenvertretung selbst verwaltetes Budget
- Kontrolle auf Einhaltung gesetzlicher Rahmen nur durch Schulleitung, bzw. den/die Vertrauenslehrer\*in
- Zudem fordert der LSA Berlin die Unterstützung des Projektes Schülerhaushalte durch Senat & Bezirke wie zum Beispiel im Bezirk Mitte.

## Gesetzliche Rahmenveränderungen

### **Ausdrückliche Einbeziehung aller Schüler\*innen in die Vertretungsgremien**

- Hiermit fordern wir Schulsenatorin Sandra Scheeres zur Umbenennung von „Landesschülerratsausschuss“ und „Bezirksschülerratsausschuss“ in „Landesschüler\*innenausschuss“ (§110) und „Bezirksschüler\*innenausschuss“ (§114) Schulgesetz auf.

### **Zeitliche Regelung der ersten Gremientagungen**

- Wir fordern eine Veränderung des Paragraphen 84, (1) des Schulgesetzes. Nicht nur die Klassensprecher\*innenbenennung, sondern auch die erste GSV-Sitzung des Jahres sollen innerhalb des ersten Schulmonats stattfinden.

### **Stärkung des Klassenrates**

- Der Klassenrat hat in Berlin eine theoretische Zeit von 1 Stunde pro Monat zur Beratung klassenspezifischer Probleme zur Verfügung (SchulG §84, (2)). Derzeit ist diese Stunde oft als „Klassenlehrerstunde“ deklariert. Wir fordern eine Öffnung dieser Stunde für eine Leitung durch den Klassenverband. Das Einbringen eines neuen Schulgesetzparagraphen ähnlich wie in Hamburg und Hessen<sup>2</sup> ist hier ein Muss: „In jedem Quartal steht einer jeden Klasse an jeder Schule Berlins ein Intensivtag zu, an dem diese Klasse sich den ganzen Tag vom Unterricht befreit und beispielweise Maßnahmen zu Rhetorik, Teambuilding, Ausflüge etc. organisieren kann. Der Intensivtag muss mit einfacher Mehrheit von der Klassenkonferenz beschlossen werden.“

### **Stimmrecht in Fach- & Gesamtkonferenzen**

- Der LSA Berlin fordert eine Enthierarchisierung und Demokratisierung des Schulsystems sowie eine stärkere Partizipation der Jugend an didaktischen Prozessen und fordert deshalb ein Stimmrecht für Schüler\*innen in den Fachkonferenzen und der Gesamtkonferenz, welche über Unterrichtsthemen und über die Auswahl von Lehr- und Lernmaterialien entscheiden. Bildung macht den jungen Menschen mehr Spaß, wenn sie selbst über die Inhalte mitentscheiden können. Musterbeispiele für Partizipation sind in diesem Rahmen innovative Schulen, u.a. aus freier Trägerschaft, die als Vorbilder und Inspiratoren dienen können. Herausstellen möchten wir in diesem Rahmen die *Evangelische Schule Mitte*.

2 Paragraph XXX Hessisches SchulG





